

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe August 2020

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Wladimir Putin zu den wirklichen Lektionen über den Zweiten Weltkrieg**
- **Thomas Röper: Abgehörte Telefonate von Joe Biden: Chronologie des ... Korruptionsskandals der Geschichte**
- **Thomas Röper: Enthüllungen von Alexander Onischenko im Interview (12 Teile)**
- **Außenministerium der Russischen Föderation: ... Zur Gewährung der Ukraine des Status eines NATO-Partners mit erweiterten Möglichkeiten**
- **Karin Leukefeld: 'Caesar-Gesetz': USA wollen Syrien mit verschärften Sanktionen in die Knie zwingen**
- **Eberhard Hamer: Zentralisierung durch die Hintertür**
- **Norbert Häring: Das Gold in New York & London ist weg**
- **Andreas Wulf: Nur ein Symptom**
- **Klaus Buchner: Die Mobilfunk-Industrie bestimmt ihre eigenen Grenzwerte**
- **Norbert Häring: ... Bundestag als Werbebühne für die "Welt ohne Bargeld" ...**
- **Ewald Wetekamp: Warum die Digitalisierung in Schulen ... nur mit äußerster Vorsicht zu handhaben ist**
- **Maria Fiedler: Was ein Pfarrer erlebt, der sich mit der Fleischindustrie anlegt**
- **Bürgerkandidaten.de: Resultate der Umfrage und die nächsten Schritte**
- **Asfa-Wossen Asserate ... zu zeitgeistigen Strömungen vor dem Selbstverständnis des Abendlandes**

Zitat des Monats von [Sergej Lawrov](#):

**Für den Westen wäre es besser,
die Gewohnheit aufzugeben, allen seinen Willen aufzuzwingen.**

Editorial

Am Anfang dieser Ausgabe stehen die ausführlichen **Aussagen des russischen Präsidenten** über die Kriegsgeschichte des 20. Jahrhunderts; Putin fordert u.a. alle Staaten auf, ihre Archive den Historikern zu öffnen, damit daraus für eine **friedliche Zukunft** gelernt werden kann.

Unfriedlich geht es dagegen seit Jahren in der **Ukraine** auch mit massiver westlicher Beteiligung zu. In drei zum Teil längeren Beiträgen werden diese Machenschaften dargestellt. Sie können auch als Lehrstück moderner Machtpolitik gelesen werden.

In Beiträgen von Karin Leukefeld wird die durch Sanktionen bedingte Situation in **Syrien** beleuchtet.

Der breite Themenblock **Souveränitätsverlust** hängt teilweise mit der **Corona-Pandemie** zusammen. Eberhard Hamer beschreibt, dass der aktuell beschlossene **EU-Rettungsfonds** ein Baustein bei der Souveränitätsverschiebung nach Brüssel ist. Ebenfalls ein **Souveränitätsverlust** ist die Tatsache, dass die in USA und Großbritannien gelagerten **deutschen Goldreserven** für uns nicht mehr zugänglich sind. Auch die **“Privatisierung“ von wichtigen Entscheidungen** wirkt in diese Richtung: Mittels Stiftungsgeldern (z.B. Gates) wird ohne demokratische Kontrolle Einfluss auf die Staaten genommen; die **Mobilfunklobby** beschließt die Festlegung ihrer eigenen Grenzwerte; im Bundestag wird ohne Datenschutzgedanken für die **Bargeldabschaffung** geworben. Auf die Datenschutzprobleme bei der durch Corona forcierten **Digitalisierung im Bildungsbereich** weist Ewald Wetekamp hin. Die Krise ist aber auch Gelegenheit, **menschenunwürdige Zustände** zu beleuchten, wie dies z.B. Pfarrer Kossen bei der Fleischindustrie getan hat.

Am Ende machen wir auf eine Initiative für eine **von den Parteien unabhängige Demokratie** in Deutschland aufmerksam. Und wir schließen mit dem thematisch weit gespannten Interview mit Asfa-Wossen Asserate, der **aktuelle Themen im Lichte der Grundlagen der europäischen Kultur** kommentiert.

[Inhalt](#) ↑

• Wladimir Putin zu den wirklichen Lektionen über den Zweiten Weltkrieg

Für Willy Wimmer hat der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, den [75. Jahrestag in Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges](#) in einer einzigartigen und unter Staatsoberhäuptern unvergleichlichen Weise genutzt, um den Weg in diesen mörderischen Krieg, den Verlauf des Krieges selbst, die Konsequenzen aus dem Krieg und die heutigen globalen Herausforderungen für die Ständigen Mitglieder des UN Sicherheitsrates zu beschreiben.

Putin tut dies in seinem Gastbeitrag für die US-amerikanische Fachzeitschrift 'The National Interest' in einer für Wimmer beispiellosen Objektivität, die es allen verantwortlich handelnden und denkenden Menschen erlaubt, seine Ausführungen zu einer gemeinsamen Grundlage für das "Kriegs-Jahrhundert" werden zu lassen. Der Präsident verbindet seine Darstellung einer grausamen Entwicklung damit, alle Staaten in diesem Kontext zur Öffnung ihrer Archive nach russischem Vorbild aufzufordern, sowie Historiker mit der Aufarbeitung dieses "Kriegs-Jahrhunderts" zu betrauen. Dabei setzt Putin diese Überlegung in Bezug zu der Frage, wie der

nächste Großkonflikt in unserer Zeit vermieden werden kann und soll. [Wimmer bezweifelt allerdings, dass in Deutschland eine objektive Aufarbeitung möglich sein wird.](#)

[Wladimir Putin](#), Jg. 1952, ausgebildeter Jurist; von 1999 bis 2000 und von 2008 bis 2012 Ministerpräsident, von 2000 bis 2008 und seit 2012 Staatspräsident der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Abgehörte Telefonate von Joe Biden: Die Chronologie des vielleicht größten Korruptionsskandals der Geschichte**

Am 19.05.2020 wurden in der Ukraine [Telefonmitschnitte veröffentlicht, die neues Licht in die Korruptionsvorwürfe gegen Joe Biden bringen](#). Da die von Thomas Röper übersetzte Pressekonferenz aus Kiew jedoch für Menschen, die das Thema nur oberflächlich kennen, nur schwer verständlich ist, hat er zum besseren Verständnis eine Chronologie der Ereignisse geschrieben. Diese Chronologie beginnt Ende 2013 mit dem vom Westen finanzierten und orchestrierten Maidan. Nach dem Maidan wurde Poroschenko Ende Mai 2014 zum Präsidenten gewählt. Im Herbst 2015 begann der auch aus dem Westen hochgelobte Generalstaatsanwalt der Ukraine, Viktor Schokin, gegen den ukrainischen Gaskonzern Burisma wegen Korruption zu ermitteln. Da traten US-Außenminister John Kerry und Vize-Präsident Joe Biden auf den Plan, deren (Stief)Söhne im Verwaltungsrat von Burisma gut dotierte Posten innehatten. Nach einem Gespräch zwischen Kerry und Präsident Poroschenko, versicherte Poroschenko, dass Schokin nicht in Sachen Korruption ermitteln dürfe, weil dafür nun das neu eingerichtete Anti-Korruptionsbüro (NABU) der Ukraine zuständig sei und nicht die Generalstaatsanwaltschaft. Daraufhin hat Joe Biden in den USA öffentlich stolz erzählt, wie er den "Hurensohn" Schokin gefeuert hat, indem er die ukrainische Regierung erpresst hat: Entweder Schokin verschwindet oder eine zugesagte Kreditgarantie der USA über eine Milliarde Dollar wird gestoppt. Auf Druck von Biden legte danach Poroschenko Schokin, dem man nichts vorwerfen konnte, den Rücktritt nahe, den dieser annahm; Biden garantierte Poroschenko dafür eine Milliarde Dollar. Die Loyalität des neuen Generalstaatsanwalts ließ Joe Biden in Absprache mit Poroschenko mit dem in der US-Botschaft in Kiew angesiedelten Vivitsky beaufsichtigen. Nachdem in der Folge in ukrainischen Staatsbetrieben Aufsichtsräte installiert wurden, die auf Weisung des Westens handelten, hat Biden die Ukraine 2016 komplett kontrolliert.

Nachdem Selenksy den Wahlkampf gegen Poroschenko wegen dessen Korruption gewonnen hatte, wollte Selenksy gegen seinen Vorgänger ermitteln zu lassen. Dazu hat ihn Trump ermutigt, ihn aber auch wegen Maulwürfen gewarnt, von denen einer dann tatsächlich über das Gespräch zwischen Trump und Selensky entstellt an den CIA berichtete. Alle in dieser Sache vernommenen Zeugen belegen, dass Trump keinen Druck auf Selensky ausgeübt hat. – Auch die Korruptionsermittlungen gegen Janukowitsch, den die USA absetzen ließen, wurde auf Betreiben der USA verhindert.

In Kiew fand am 22.06.2020 eine Pressekonferenz des ukrainischen Abgeordneten Andrej Derkatsch statt, bei der [neue mitgeschnittene Telefonate von Joe Biden und Poroschenko](#), sowie neue Kontoauszüge veröffentlicht wurden, die Zahlungen in Millionenhöhe an Joe Biden, bzw. seinen Sohn Hunter belegen. Auch das FBI hat Joe Biden benutzt, um seine Geschäfte und Komplizen in der Ukraine zu decken, wie er am Telefon offen sagte.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Enthüllungen von Alexander Onischenko im Interview (12 Teile)**

Nach Alexander Onischenko, während des Maidan Unterstützer von Witali Klitschko, hat sich das Leben der Menschen in der Ukraine nach dem Maidan erheblich verschlechtert, was Röper an dem Rückgang des BIP von 183 Mrd. USD anno 2013 auf 93 Mrd. USD in 2016 deutlich macht. Auch die Löhne sind um ca. 50% gefallen, während der IWF z.B. durch Verbot der Subventionierung von Wohnnebenkosten weitere soziale Einschnitte fordert. Die Importe sind durch den Währungsverfall deutlich teurer geworden. Nach dem Maidan haben ca. 10 Millionen Menschen die Ukraine verlassen, davon sind 2-3 Millionen nach Russland geflohen.

Im Interview mit Thomas Röper stellt Onischenko dar, wer in der Zeit des Maidan und danach verantwortlichen Einfluss auf die Entwicklung in der Ukraine nahm, die die dort lebenden Menschen zur Flucht veranlasste. Onischenko bezeichnet den [Maidan als von ukrainischen Oligarchen und den USA finanziert](#). Namentlich nennt Onischenko den Millionär Igor Kryvestskyi, der insbesondere die Partei Svoboda unterstützt hat, die den Maidan mitorganisiert hat. Der größte Unterstützer des von der EU favorisierten Präsidentschaftskandidaten Klitschko war der Oligarch Dimitri Firtasch, der Ende 2014 in Wien mit Petro Poroschenko und Witali Klitschko im Sinne der USA vereinbarte, dass Poroschenko Präsident der Ukraine und Klitschko Bürgermeister von Kiew werden sollen. Klitschko wurden für seinen Verzicht 100 Mio. USD angeboten. Dem von den USA unterstützten und extrem ehrgeizigen Poroschenko gelang es dann, den von der 'Open Ukraine Foundation' und dem Millionär Mykola Martynenko unterstützten ukrainischen Premierminister in der Zeit unmittelbar nach dem Maidan, Arsenij Jazenjuk, abzusägen. Poroschenko hat seinen Wahlkampf durch viele kleine Millionäre bezahlen lassen, um nicht von großen Finanziers abhängig zu werden. Onischenko, selbst lange Unterstützer von Poroschenko, musste 2016 aus der Ukraine fliehen, da ihn Poroschenko verhaften lassen wollte; auch die Geheimdienste und Ermittlungsbehörden der USA, Spaniens und Deutschlands waren an Onischenko interessiert, da er im Besitz von Telefonmitschnitten und Kontoauszügen war. – Der BND hatte Onischenko im Gegenzug für die Übergabe des belastenden Materials über Poroschenko und Biden [eine deutsche Aufenthaltsgenehmigung angeboten](#). Onischenko hat diesen Deal abgelehnt und die Unterlagen behalten.

Um Arsenij Jazenjuk von dem Posten des mächtigeren Premierministers auch mit Einverständnis der USA weg zu bekommen, hat der ukrainische Präsident Petro Poroschenko eine Schmutzkampagne initiiert. Der Anteil an sofort zurückbezahlter Mehrwertsteuer an den Oligarchen und Sponsor Achmetow, den Jazenjuk von Achmetow bekam, gab das Material dafür. [Nach seinem Rücktritt wurde Jazenjuk auf Initiative von Joe Biden Straffreiheit zugesagt](#), die bis heute eingehalten wird.

Der Besitzer des ukrainisches Gasunternehmens Burisma, der Oligarch Mykola Slotschewsky, hatte sich vor dem Maidan als Umweltminister unter Janukowitsch die besten Fracking-Gas-Vorkommen zugeschanzt. Gegen die Firma gab es eine Reihe von Strafverfahren wegen Korruption und Geldwäsche. Um sich abzusichern hat Slotschewsky unmittelbar nach dem Maidan einige Prominente in den Aufsichtsrat geholt, darunter den Sohn von US-Vizepräsident Joe Biden, Hunter Biden, den Stiefsohn von US-Außenminister John Kerry oder den ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski. Für ihre "Tätigkeiten" haben die Leute offiziell 50'000 Dollar monatlich erhalten. [Um sich gegenüber dem Präsidenten Poroschenko freizukaufen](#), bot Slotschewsky diesem über Onischenko 50 Mio. USD in Form einer Firmenbeteiligung an. Poroschenko hat sich nach Onischenko aber auch darüber bereichert, dass er unter Präsident Janukowitsch unterschlagenes Geld zu seinen Gunsten umverteilen ließ. Dabei stützte er sich auf den von ihm kontrollierten Generalstaatsanwalt und manipulierte Auktionen.

Das Unternehmen 'Naftogas' spielt eine zentrale Rolle in der Ukraine, weil es alle Haushalte und die meisten Firmen direkt oder indirekt mit Gas versorgt. Wer die Firma kontrolliert, der kontrolliert den ukrainischen Gasmarkt einschließlich der Gasförderung. Der Chef des Unternehmens, Andrej Kobolev, wurde nach dem Maidan von Joe Bidens Team ausgesucht. Dadurch, dass die Ukraine kein russisches Gas mehr kaufen darf, wird Erdgas aus Russland über die Ukraine nach Europa geleitet. Ein Teil des Gases wird kurz vor der Grenze zur Slowakei zurückgeleitet. Über eine Scheinfirma, die Biden unterstand, wurde das rückgeleitete Gas auf dem

Papier zu "europäischem" Gas gemacht, obwohl es nie in Europa gewesen ist. Die Scheinfirma hat für diese Papiere laut Onischenko eine Provision von 50 bis 100 Euro pro tausend Kubikmeter Gas bekommen. So [hat Biden innerhalb von zwei Jahren 1,5 Mrd. USD verdient](#). Versuche Poroschenkos, Kobolev zu entfernen, werden von Biden lt. Telefonmitschnitt nicht geduldet. Kobolev spielte eine Schlüsselrolle, George Soros in den Besitz der bis dahin staatlichen Gasfirma 'Ukrigas' zu bringen, indem er mit den Betroffenen die erpresserischen Gespräche führte. Unterstützend wurde hierzu das den Anweisungen der FBI-Vertreterin Karen Greenway folgenden Anti-Korruptionsbüro der Ukraine (NABU) eingesetzt, das Widerstand gegen Offerten mit Strafverfahren bedrohen kann.

Poroschenko versuchte [mittels der Staatsanwaltschaft gegen jeden größeren Geschäftsmann ein Strafverfahren einzuleiten](#), der ihm kein Schutzgeld bezahlt oder sich ihm gar widersetzt hat. Die "Verhandlungen" mit den Betroffenen sollte Onischenko im Auftrag Poroschenkos führen. Das hat Onischenko irgendwann abgelehnt, um sich nicht die ganze ukrainische Geschäfts- und Politikwelt der Ukraine zum Feind machen. Daraufhin unterstützte Onischenko Julia Timoschenko, was Poroschenko dazu veranlasste, das NABU gegen ihn ermitteln zu lassen. Im Mai 2016, nach Jazenjuks Rücktritt, hatte Poroschenkos Regierung keine Mehrheit mehr im Parlament. Seine Idee mit Timoschenko zu koalieren, wurde von dieser abgelehnt. Dafür hat Poroschenko Onischenko verantwortlich gemacht. Ebenso für die derzeit gegen Poroschenko laufenden 20 Strafverfahren, die alle auf der Stelle treten, weil seine Leute immer noch die Macht haben, Ermittlungen zu behindern oder einzufrieren oder einem unliebsam gewordenen Abgeordneten wie Onischenko die Immunität zu entziehen. Dieser entzog sich einer Verhaftung durch seine Flucht ins Ausland und weilt derzeit in London.

Die in der Ukraine veröffentlichten Telefonmitschnitte von Gesprächen zwischen Poroschenko und Biden und auch die Kontoauszüge, die die Geldflüsse zu 'Rosemont Seneca' belegen, hatte Onischenko bei seiner Flucht aus der Ukraine dabei. [Dass Onischenko belastendes Material hatte, war in Geheimdienstkreisen damals bekannt](#). Es kam zu einem Vertrag zwischen dem Geheimdienst des US-Justizministeriums und Onischenko; nach einem zweiten Treffen mit einem US-Staatsanwalt in Madrid brach der Kontakt ab, nachdem Joe Biden entsprechenden Einfluss genommen hatte, wie er gegenüber dem erleichterten Poroschenko selbst schilderte.

Wie ein Mitschnitt eines Telefonats zwischen Poroschenko und Joe Biden belegt, musste 2016 der Wahlkampfmanager von Trump, Paul Manafort, nicht wegen Kontakten zu Russland, sondern wegen einer zwischen den beiden Telefonierenden [abgesprochenen Intrige zurücktreten](#). In diese Intrige war auch das NABU und dessen von den USA bestimmter Chef Artem Sytnik eingebunden. Nicht korrupte Personen wie der ukrainische Generalstaatsanwalt Schokin werden dagegen zum Rücktritt gedrängt, worüber sich Joe Biden sehr erfreut gibt.

Nicht nur das US-Justizministerium, sondern auch die US-Partei der "Demokraten" wussten seit 2016, dass Onischenko Informationen über Joe Bidens krumme und erpresserische Geschäfte in der Ukraine hat. Die Demokraten wissen auch, dass Onischenko seine Informationen schon an Rudy Giuliani, den Anwalt von Trump, weitergegeben hat. Damit Trump das Material gegen Biden im Wahlkampf nicht nutzen kann oder es keine Wirkung erzielen kann, wurden nach Onischenko [die 'Black-Lives-Matter'-Unruhen angezettelt](#), bei denen Soros genauso mitmischt wie bei den verschiedenen Farbrevolutionen.

Die Aufenthaltsgenehmigung von Onischenko in Spanien war zu Ende, nachdem sich Poroschenko anlässlich seines Spanienbesuchs mit der spanischen Regierung darauf verständigte, dass Kiew eine Milliarde ausgemusterte Waffen der spanischen Armee kauft, [wenn Spanien im Gegenzug Onischenko an die Ukraine ausliefert](#) und die Ermittlungen gegen Poroschenko einstellt. Daraufhin zog Onischenko nach Deutschland, wo ein Haftbefehl durch das OLG Koblenz als politisch motiviert eingeordnet wurde. Der Haftbefehl wurde trotzdem aktiviert, als Onischenko in die USA reisen wollte, um dort zusammen mit dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Schokin Unterlagen und Telefonmitschnitte öffentlich im Fernsehen zu präsentieren. Nach Onischenko vorliegenden Informationen hat der ukrainische Abgeordnete Andrej Derkatsch [alle Materialien und Aufnahmen an Giuliani weitergeleitet](#); Derkatsch

veröffentlicht seit einiger Zeit Telefonmitschnitte und wird weitere Tranchen bis in den September hinein veröffentlichen.

In der Haft wurde der zwangsweise medikamentierte Leistungssportler Onischenko herzkrank und musste operiert werden; [aus der Untersuchungshaft wurde er am letztmöglichen Tag entlassen](#), nachdem ein Gericht erkannte, dass die Haftbedingungen in der Ukraine nicht dem europäischen Standard entsprechen.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Außenministerium der Russischen Föderation: Pressebriefing vom 17. Juni: **Zur Gewährung der Ukraine des Status eines NATO-Partners mit erweiterten Möglichkeiten**

Indem die NATO der Ukraine immer neue Boni gibt, zeigt die NATO laut russischem Außenministerium, dass sie kein Interesse an einer Regelung des innerukrainischen Konflikts habe. Anlass für diese Äußerung ist die Tatsache, dass [die Ukraine am 12.06.2020 den Status eines NATO-Partners mit erweiterten Möglichkeiten erhielt](#). Laut Dokumenten der Allianz sieht dies einen breiteren Zugang zu Programmen und Übungen der Allianz zur operativen Kompatibilität, Ausbildung der Militärs nach NATO-Standards, politischen Konsultationen und Austausch von Informationen vor. Neben der Ukraine haben Georgien, Jordanien, Finnland, Schweden und Australien einen solchen Status.

Das Pressebriefing wird in einer großen Mitteilung zu mehreren Themen herausgegeben; vorstehende Äußerungen zur Ukraine finden sich unter der Teil-Überschrift "Zur Gewährung der Ukraine des Status ...". (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Karin Leukefeld: **'Caesar-Gesetz': USA wollen Syrien mit verschärften Sanktionen in die Knie zwingen**

Auch wenn das Caesar-Gesetz offiziell zum Schutz der syrischen Bevölkerung beschlossen wurde, haben die damit gegen Syrien zusätzlich verhängten Sanktionen verheerende Konsequenzen für die Zivilbevölkerung und die Wirtschaft Syriens, des Irak, Jordaniens und Libanons. [Mit dem verhängten Sanktionsregime soll die Bevölkerung gegen die Assad-Regierung aufgebracht werden](#), deren Sturz mit militärischen Mitteln nicht gelang. Unbeeindruckt bekräftigt der Iran, seine wirtschaftlichen Beziehungen mit Syrien zu vertiefen. Zudem soll ein weiteres Treffen im Rahmen des Astana-Formats mit Russland und der Türkei vorbereitet werden. International werden die einseitig verhängten Wirtschaftssanktionen der EU und der US-Administration kritisiert. Russland und China forderten im UN-Sicherheitsrat die Aufhebung der Sanktionen.

Die Syrer sind es schon lange gewohnt sanktioniert zu werden, deshalb glauben sie nicht, dass sich mit den neuen US-Sanktionen an ihrem Leben etwas ändern wird. Sie hoffen, dass der Industriesektor des Landes stärker entwickelt wird, um den Bedürfnissen des syrischen Volkes gerecht zu werden. Die Syrer sind überzeugt, dass sich das Caesar-Gesetz gegen die Menschen und nicht gegen ihre Regierung in Syrien richtet. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. [Die Preise steigen](#), mittlerweile kostet ein Kilo Zucker 1'500 Syrische Pfund. Der Lebensunterhalt sei kaum zu leisten. Es gehe darum, die Auswirkungen der Sanktionen zu begrenzen. So sollten die Syrer keine westlichen Produkte kaufen, die in Syrien gleichwertig zu

haben sind. Insbesondere sei es wichtig, bei der Landwirtschaft voranzukommen, um einen Zusammenbruch des Landes zu verhindern.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Eberhard Hamer: **Zentralisierung durch die Hintertür**

Vor geraumer Zeit hat das Bundesverfassungsgericht die Rechtskompetenz Europas wieder einmal gestutzt. Da nur die 27 Staaten souverän seien, gingen deren Grundrechte vor Europarecht so das BVerfG. Entsetzt verkündete die Kommissionspräsidentin von der Leyen: "Europarecht geht immer vor nationalem Recht" und stieß dabei auf Zustimmung des Europäischen Gerichtshofes, obwohl die Rechtslage eindeutig anders ist. Der Europäische Gerichtshof hat aber immer schon versucht, in nationale Rechtssouveränität hinein zu entscheiden. Ganz nach der Devise von Juncker: "Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Die [Corona-Krise wird nun genutzt, um weitere Souveränität von den Nationalstaaten nach Brüssel zu verschieben](#). Den entscheidenden Schlag gegen den Widerstand bei einer Schulden- und Finanzunion hat die Kommission jetzt unter Corona-Vorwand geschaffen: Ein Ausgabenprojekt von 750 Milliarden Euro – angeblich zur Behebung der Corona-Krise, tatsächlich aber zur Rettung der illiquiden Mitgliedsländer Italien, Spanien, Frankreich und Griechenland. Wer also Brüssels Milliarden-Geschenken zustimmt, nimmt automatisch in Kauf, dass Brüssel die Finanzsouveränität über die Mitgliedsländer erwirbt, Eurobonds zu Lasten aller Mitgliedsstaaten ausgeben darf und eigene Steuerhoheit bekommt, also eine neue Finanzsouveränitäts-Ebene oberhalb der bisher finanzsouveränen Mitgliedsstaaten schafft.

[Prof. Eberhard Hamer](#), Jg. 1932, *studierte Volkswirtschaft, Recht und Theologie; Rechtsanwalt, Unternehmer, bis 1995 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld; Gründer und Präsident des 'Mittelstandsinstituts Niedersachsen' in Hannover und der 'Deutschen Mittelstandsstiftung'; Begründer der neuen 'Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe'.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Das Gold in New York und London ist weg**

Die offiziellen deutschen Goldreserven betragen rund 3'367 Tonnen und sind beim heutigen Goldpreis von 1'581 Euro je Feinunze gut 170 Mrd. Euro wert. Mit 1'656 Tonnen lagert knapp die Hälfte des Goldes im Ausland, davon drei Viertel in New York und ein Viertel in London. Das Auslandsgold hat derzeit einen Wert von rund 84 Mrd. Dollar. Wie die Entscheidung des 'High Court' in London zeigt, können die Regierung der das Gold besitzenden Ländern [nicht davon ausgehen, dass ihnen das Gold auf Antrag ausgehändigt wird](#). Neben der so gegebenen Einflussmöglichkeit auf die Politik des beantragenden Landes ist auch zu bedenken: "Wenn man große Teile des Goldes anderer Nationen unter Kontrolle hat, kann man verhindern, dass diese Länder irgendwann auf die Idee kommen, eine eigene Währung mit Gold zu decken und als Alternative zum Dollar anzubieten."

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, *Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Andreas Wulf: Nur ein Symptom**

Für Andreas Wulf ist das Konzept der Gates-Stiftung das “Symptom eines dysfunktionalen Systems und einer versagenden Marktorthodoxie, die [die sozialen Bedürfnisse und Rechte von Menschen nur als Konsumentenwünsche denken kann](#), entsprechende Anpassungen an die Märkte schafft und sich selbst in der vermeintlichen Wohltätigkeit noch als Unternehmer versteht. Die Nichtvereinbarkeit von Profitinteressen mit den grundlegenden, nicht marktförmigen Bedürfnissen von Menschen, die auf kooperative Lösungen der Ressourcenteilung und gemeinschaftliches Eigentum von globalen öffentlichen Gütern angewiesen sind, kommt nicht in den Blick. Die Philosophie der Orientierung an kurzfristigen Unternehmensgewinnmargen beherrscht alle derartigen ‘Public Private Partnerships’ und Initiativen, die regelmäßige ‘Geberkonferenzen’ ausrichten.“

Zur ‘Bill & Melinda Gates Foundation’ stellt Ansgar Neuhoﬀ fest: “Gates hat eine Mission. Welche Motivation auch immer ihn antreibt, er hat zu diesem Zweck ein ganzes Geflecht von Allianzen und Initiativen errichtet, in das Regierungen, Großkonzerne (vor allem Technologie-, Finanz- und Pharmaunternehmen), supranationale Organisationen (z. B. WHO, Weltwirtschaftsforum) sowie private und staatliche Universitäten und Forschungseinrichtungen eingebunden sind. Mittendrin oder obendrüber Bill Gates. Zu kritisieren ist dabei nicht, dass Gates sein vieles Geld für seine Mission einsetzt, dass er beziehungsweise seine Stiftung an Impfstoffherstellern und Finanzkonzernen beteiligt ist und er damit viel neues Geld verdient, auch nicht, dass er die Medien für seine Propaganda nutzt. [Kritikwürdig ist aber, dass er sich dazu des Machtmonopols des Staates bedient](#). Gates agiert nicht als gleichberechtigter Marktteilnehmer, der seine wirtschaftlichen oder gegebenenfalls altruistischen Interessen auf einem freien Markt durchsetzt. Vielmehr entwickelt und macht er die Regeln in gemeinsamen Strukturen/Allianzen mit den Staatsapparaten, die in seinem Sinne die Rahmenbedingungen setzen und die entsprechenden Ge- und Verbote erlassen. ‘Seine’ Allianzen erhalten zugleich Milliarden von Staaten, deren Verwendung sich jeder demokratischen Kontrolle entzieht. Diese öffentlich-privaten Allianzen sind äußerst bedenklich.“

[Andreas Wulf, Jg. 1965](#), ist Arzt und seit 1998 bei medico international. Er ist Berlin-Repräsentant und arbeitet zu Themen globaler Gesundheit. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Klaus Buchner: Die Mobilfunk-Industrie bestimmt ihre eigenen Grenzwerte**

Am 18.06.2020 wurde eine Untersuchung über ICNIRP (International Committee on Non-Ionising Radiation Protection) veröffentlicht, die die EU-Abgeordneten Michèle Rivasi und Prof. Klaus Buchner in Auftrag gegeben haben. Demnach ist ICNIRP e.V. ein privater Verein, der in München registriert ist und mietfrei im ‘Bundesamt für Strahlenschutz’ residiert. Die meisten seiner Mitglieder haben für ihre Mobilfunk-Forschungen Geld von der Mobilfunkindustrie angenommen.

Dieser ICNIRP hat die Grenzwerte für Funkstrahlung vorgeschlagen, die auch die deutsche Regierung und der Deutsche Bundestag für relevant erachten und als Basis für die Gesetzgebung für den Bau von Mobilfunkmasten und damit auch den Ausbau von 5G nehmen. Aber: Um [die “Ungefährlichkeit“ der Strahlung plausibel zu machen, ignoriert ICNIRP den weitaus überwiegenden Teil der wissenschaftlichen Forschung](#) auf diesem Gebiet, indem behauptet wird, kritische Studien würden nicht den Anforderungen an wissenschaftliche Qualität entsprechen.

Hier der [Link zum Buchner-Rivasi-Bericht](#) “The International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection: Conflicts of interest , corporate capture and the push for 5G”.

[Klaus Buchner, Jg. 1941](#), studierte Physik, promovierte am Max-Planck-Institut, war 1973 bis 2006 Dozent und Professor der mathematischen Fakultät der TU München. Seit 1983 Mitglied in der ‘Ökologisch-Demokratischen Partei’ (ÖDP), von 2014 [bis 2020](#) Mitglied des Europäischen Parlaments. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Warum die IT-Lobby den Bundestag als Werbebühne für die “Welt ohne Bargeld” missbrauchen durfte**

Im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung fand ein Fachgespräch “Welt ohne Bargeld” statt, ohne dass ein Datenschützer anwesend war. Dort hat der Moderator seinem Ärger über kleine Einzelhändler, Gaststätteninhaber und Banken freien Lauf gelassen, die keine Karten akzeptieren wollen bzw. weiter mit schmutzigem Bargeld hantieren wollen. Der Vertreter des IT-Verbandes Bitkom durfte fordern, dass [dafür zu sorgen sei, dass Einzelhändler und Gaststätten Karten akzeptieren](#). Paypal durfte als der tollste Zahlungsverkehrsdienst gepriesen werden. Das Ganze geriet zu einer Werbeveranstaltung für die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs. Für die Abgeordneten schien das normal.

Hier die [Zusammenfassungen der einzelnen Wortmeldungen im Ausschuss](#).

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ewald Wetekamp: **Warum die Digitalisierung in Schulen und Klassenzimmern nur mit äußerster Vorsicht zu handhaben ist**

Dass mit der Corona-Krise der Ruf nach einem digitalisierten Unterricht nun einen viralen Verstärker gefunden hat, ist auch Ewald Wetekamp klar. Er betont aber, “dass die Persönlichkeit des Schülers in einem zurecht wohl überlegten geschützten Raum, gerade was seine Privatheit anbelangt, unversehrt bleiben muss. Dafür steht jedes Bundesland mit seiner Verfassung und dem jeweiligen Erziehungsauftrag ein.“ Wetekamp verweist auf Manfred Spitzer, der wie die Führungspersönlichkeiten in Silicon-Valley seinen Kinder die [Nutzung von digitalen Endgeräten erst ab dem Alter von 16 Jahren](#) erlaubt, da diese Geräte ein Suchtpotenzial haben und dass die Erziehung im Sinne einer Menschenbildung in erster Linie ein Beziehungsgeschehen ist, das in den Händen eines erfahrenen Pädagogen liegt.

[Inhalt](#) ↑

- Maria Fiedler: **Was ein Pfarrer erlebt, der sich mit der Fleischindustrie anlegt**

Nachdem sich Schlachthöfe und Fleischkonzerne wie Tönnies zu Corona-Hotspots entwickelt haben, wird plötzlich genau hingeschaut. Pfarrer Kossen, der nahe bei Osnabrück tätig ist, hat häufig Kontakt mit den Arbeitsmigranten, die aus Bulgarien und Rumänien kommen, aber auch mit Gewerkschaften und Verbänden. Die Arbeitsmigranten arbeiten meist als Werkvertragsarbeiter. Höchstarbeitszeiten würden ignoriert. Die Arbeit sei körperlich schwer und psychisch belastend. Es gebe nur unzureichend Schutzkleidung. Dazu kämen die Lebensumstände. Oft seien die Arbeiter in Sammelunterkünften untergebracht, wo sie in überbelegten und zum Teil verschimmelten Zimmern hausten. Die sanitären Anlagen seien häufig dürftig oder defekt. Trotzdem müssten die Arbeiter für einen Schlafplatz nicht selten 250 Euro im Monat zahlen, auch wenn sie sich eine Matratze im Schichtbetrieb mit anderen teilten. Anfangs hätten viele erst mal Schulden, weil sie für den Transport nach Deutschland, Schutzkleidung oder Vermittlung Geld zahlen müssten. Und bekommen so über Monate nicht den Lohn, der ihnen zusteht. Ein Verbot von Werkverträgen in der Fleischbranche begrüßt Kossen, hält es aber nicht für ausreichend, weil [solche Abläufe und Zustände auch in anderen Branchen zuhause](#) sind. Für Kossen hat nun der Staat menschenwürdige Wohnungen für die Arbeiter zu bauen, so wie einst die Zechensiedlungen im Ruhrgebiet.

Kossens Öffentlichkeitsarbeit ist manchen ein Dorn im Auge. Solange er auf einer repräsentativeren Position der Kirchenhierarchie angestellt war, wurde seitens der Wirtschaft versucht, über seine Vorgesetzten Druck auf ihn auszuüben. Ein verärgertes Unternehmen hat sich nach seiner Predigt auch direkt bei ihm beschwert.

[Maria Fiedler](#), Jg. 1989, hat Journalistik und Politikwissenschaft in Eichstätt, Heidelberg und Boston studiert und ist politische Korrespondentin des Tagesspiegel. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Bürgerkandidaten.de: **Resultate der Umfrage und die nächsten Schritte**

Es gibt Initiativen, die sich bemühen, bei den Bundestagswahlen parteiunabhängige Abgeordnete in das Parlament zu bringen. Die [Initiative Bürgerkandidaten hat dazu eine Umfrage unter ihren Unterstützern durchgeführt](#), was diese in der zukünftigen Arbeit für wichtig halten.

Es sollen auf den Landesebenen [Listen für die interessierten Kandidaten aufgestellt werden](#). Für Ende 2020 sind Treffen zur weiteren Verständigung vorgesehen.

Die Initiative bereitet sich auch auf die gegenseitige Unterstützung mit der ähnlich orientierten Initiative "[parteilos - Freie Direktkandidaten](#)" vor.

Zum Hintergrund dieser Initiative verweisen wir auf das Interview, das der Mit-Initiator Magnus Rembold im November 2018 gegeben hat (Red.):

Rembold beschreibt, dass er bereits vor der Bundestagswahl 2017 einen Blog entwickelt hat, der es parteiunabhängigen Bürgern erleichtern sollte, in den Bundestag gewählt zu werden. Die 28 Kandidaten hatten damals 0,5 bis 10 % der Stimmen in ihren Wahlkreisen bekommen. Das Projekt wurde unter dem Namen GREMIEN weiterentwickelt. Dort kann jeder zu jedem Bundestagsvorhaben seine Argumente einbringen: pro, contra, neutral. Beschimpfungen, Hetzkampagnen etc. werden nicht aufgenommen, nur Argumente zur Sache. Bei intensiver Nutzung kann diese Debatte auch die [Abgeordneten zu mehr Bürgernähe veranlassen](#).

Dieses Projekt <https://gremien.teilt-mit.de/> existiert noch, wurde aber in letzter Zeit wenig genutzt. Die Initiative für parteiunabhängige Bürgerkandidaten wird auch zur Bundestagswahl 2021 aktiv sein (Red.).

[Magnus Rembold](#) ist Diplom-Informatiker, Software-Entwickler und Spezialist für Benutzerfreundlichkeit und Web-Plattformen. Er hat zusammen mit Marianne Grimmenstein die Initiative "Bürgerkandidaten" ins Leben gerufen und arbeitet jetzt an Werkzeugen für die Erneuerung der Demokratie in Europa. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Asfa-Wossen Asserate äußert sich zu zeitgeistigen Strömungen vor dem Selbstverständnis des Abendlandes**

Anlässlich der 'Black lives matter'-Bewegung [wird Asserate interviewt und nimmt differenziert, teils mit, teils ohne Verständnis für zeitgeistige Strömungen Stellung](#). Zur Willkommenskultur 2015 sagt er: "Jeden, der ins Land kommt, müssen wir vom ersten Tag an belehren: Ihr seid willkommen, aber nur unter folgenden Bedingungen: Erstens, wir sind ein demokratischer Staat, in dem Männer und Frauen gleiche Rechte haben. Zweitens, wir haben Meinungs- und vor allem Religionsfreiheit. Drittens, dieses Land ist jüdisch-christlich geprägt; Antisemitismus steht bei uns unter Strafe. Viertens, gebt Euch Mühe, unsere Sitten und Bräuche kennenzulernen. Fünftens, lernt unsere Sprache." Zum Selbstverständnis des Abendlandes beruft er sich auf Theodor Heuss, der "von den drei Hügeln gesprochen (hat), auf denen dieses stehe: Akropolis, Kapitol und Golgata. Griechische Philosophie, römisches Recht und christlicher Glaube." Und er fügt als vierten Hügel die Aufklärung hinzu: Königsberg (Immanuel Kant). Aus dieser Haltung heraus nimmt er zu verschiedenen aktuellen Themen Stellung.

[Asfa-Wossen Asserate](#), 1948 als Großneffe des ehemaligen äthiopischen Kaisers Haile Selassie geboren, kam 1968 nach Deutschland und wurde 1981 deutscher Staatsbürger; er arbeitet heute als äthiopisch-deutscher Unternehmensberater und Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑